

Runder Tisch mit Damen

Nicht weniger als drei Ministerinnen teilen sich den Vorsitz des Runden Tisches zum Thema Kindesmissbrauch. Heute tritt das Gremium in Berlin zum ersten Mal zusammen.

Seite 2

»Der Denkkzettel bin ich!«

Fünf Jahre Jürgen Rüttgers (CDU) in Nordrhein-Westfalen: Außer Sponsoring nix gewesen? Ob Gewerkschaft oder neoliberale Denkfabrik, der Ministerpräsident bekommt schlechte Noten.

Seite 6

Häftlinge nach Deutschland?

In Guantanamo werden Menschen zu Unrecht festgehalten. Sollte die Bundesrepublik Gefangene bei sich aufnehmen? Ansichten dazu von Monika Lücke und Holger Hövelmann in der Debatte auf

Seite 17

Standpunkt

Wahrheit statt Gebrüll

Von René Heilig

Wer schreit, hat Unrecht, heißt es landläufig. Gestern wurde viel dazwischengerufen, als im Bundestag über Merks Regierungserklärung über die Fortsetzung des Afghanistan-Krieges debattiert wurde. Nervosität war spürbar. Kein Wunder nach sieben in nur wenigen Tagen getöteten Bundeswehrosoldaten und der Ankündigung des ISAF-Kommandeurs McChrystal, dass die kommenden Kämpfe noch opferreicher werden könnten.

FDP-Fraktionschefin Homburger verlangte gestern, den Menschen die Wahrheit zu sagen. Wohlan, doch muss man sie auch aushalten wollen. Egal, auf welcher Position man steht – die Frage lautet objektiv: Ist der Waffengang geeignet, für notwendig befundene Ziele zu erreichen? Man wollte die Al-Qaida-Terroristen besiegen – die Gefahr verteilte sich quer durch die Welt. Man wollte in Afghanistan Demokratie einführen – das gezüchtete Feigenblatt ist nicht groß genug, um Wahlbetrug und Korruption zu kaschieren. Man wollte den Menschenrechten Wege ebnen – und baute doch nur Rollbahnen fürs Militär. Man hat Hunger und Armut nicht besiegt, der Drogenexport wächst. Bildung für alle und Gleichberechtigung bleiben Träume – nach fast neun Jahren westlicher Entwicklungshilfe.

Und was steht auf der Haben-Seite? Mehr Tote denn je und die Gefahr, dass die ganze Region in Flammen aufgeht. Das ist die Wahrheit. Und die kann man nicht niederbrüllen.

Unten links

Seit einer Woche spuckt der Vulkan Eyjafjallajökull geologische Stoffwechselprodukte aus, und man kann jetzt schon sagen, dass die Welt nicht mehr ist, wie sie vorher war. Sie hat sich verändert, und zwar zum Besseren. Angela Merkel beispielsweise kam aus Washington über Portugal, Italien und Österreich zurück und ist seitdem vom Jetset-Glauben abgefallen, die USA lägen direkt neben Deutschland. Ein NATO-Kampfflugzeug musste beschädigt notlanden – getroffen nicht vom Feind, sondern von der revoltierenden Natur. Die britische Regierung begann mit der Rüstungskonversion und schickte Kriegsschiffe aus, um Urlauber nach Hause zu holen. Der Berliner LINKE-Chef kam nicht aus den USA weg, obwohl sie dort Pseudokommunisten eher abweisen als festhalten. Und Bischof Mixa streute ein Kilo frischer Asche auf sein Haupt. Fast könnte man meinen, der liebe Gott stecke hinter dem ganzen Chaos – die Aschereserven reichen jedenfalls noch für viele reuige Sünder. wh

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/So 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

Merkel fordert mehr Mut zum Krieg

Regierungserklärung zu Afghanistan-Einsatz / Guttenberg vor Untersuchungsausschuss

Von René Heilig

Es war der FDP-Abgeordnete Martin Lindner, der – per Zwischenruf – dem Fraktionschef der LINKEN eine Überweisung zum Psychiater zukommen lassen wollte. Wie unanständig diese Attacke gegen Gregor Gysi, der erneut den sofortigen Rückzug der Bundeswehr vom Hindukusch gefordert hatte, auch gewesen sein mag, die gestrige Debatte im Bundestag zum Thema Afghanistan-Krieg trug plenumweit kafkaeske Züge.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte eine Regierungserklärung angekündigt. Anfangs hörte man fast Pastorales, später jedoch trug die Kanzlerin nur noch altbekannte Politstanzen vor. Merkel verlas die Namen aller sieben seit dem vergangenen Karfreitag in Afghanistan getöteten Bundeswehrosoldaten und behauptete, sie seien alle gestorben, weil sie Afghanistan zu einem Land ohne Angst und Terror machen wollten. Sie zitierte den militärischen Eid, nach dem die Bundeswehrangehörigen das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer verteidigen sollen. Das hätten die »Gefallenen« denn auch »tapfer« getan.

Forderungen nach sofortigem Abzug der deutschen Truppen bezeichnete sie als unverantwortlich, denn es wäre »ein Trugschluss zu glauben, Deutschland wäre nicht im Visier des internationalen Terrorismus«. Merkel wiederholte die Aussage des früheren Verteidigungsministers Peter Struck (SPD), dass die Sicherheit in Deutschland auch am Hindukusch verteidigt werde. Die Folgen eines Rückzugs wären »weit verheerender als die Folgen der Anschläge vom 11. September 2001«, sagte sie in ihrer immer wieder durch Zwischenrufe unterbrochenen Rede.

Die Kanzlerin räumte Fehler im Zusammenhang mit dem Afghanistan-Einsatz in den vergangenen Jahren ein, um dann erneut imaginäre Fortschritte aufzulisten und die neue Afghanistan-Strategie zu



Kanzlerin Merkel weist ihren Verteidigungsminister im Bundestag in die Lage ein.

Foto: dpa/Hannibal

preisen, mit der die Sicherheitsverantwortung an die afghanische Seite übergeben werden soll. Merkel rief die Abgeordneten des Bundestags dazu auf, zu dem erst im Februar vom Parlament beschlossenen Mandat zu stehen: »Wir können von unseren Soldaten nicht Tapferkeit erwarten, wenn uns selbst der Mut fehlt, uns zu dem zu bekennen, was wir beschlossen haben.«

Von Mut keine Spur fand sich in der Rede des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel. Er – wie die große Mehrheit der SPD – stehe zu dem Einsatz. Gabriel sieht es als eine wichtige Aufgabe seiner Partei an, die größer werdende Mehrheit, die gegen den deutschen Einsatz am Hindukusch ist, von dessen Notwendigkeit zu überzeugen.

Gregor Gysi unterstrich das Mitgefühl seiner Fraktion mit den Toten und Verletzten auf allen Seiten. So wie die Bundestagsabgeordneten sich für die sieben jüngst getöteten Bundeswehrosoldaten erhoben hätten, so hätten sie es auch tun sollen für die über 100 im September 2009 nach einem deutschen Befehl getöteten afghanischen Zivilisten. Wer wolle, dass der Krieg nicht noch mehr Opfer fordere, der müsse auch für den Abzug der Bundeswehr eintreten. Doch Merkel fehle der Mut, diesem Drängen der übergroßen Mehrheit des Volkes zu entsprechen. Statt dessen stimme die Bundesregierung einer neuen Großoffensive zu, die ISAF-Chef Stanley McChrystal am Mittwoch in Berlin bestätigt hat. Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin

warf Merkel vor, nicht klar zu sagen, wofür die Soldaten »ihren Kopf hinhalten«. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) schicke hilflos Panzerhaubitzen nach Afghanistan, »um die Heimatfront zu beruhigen«.

Trotz der Kritik im Bundestagsplenum erschien Guttenberg durch Merks Regierungserklärung gestärkt vor dem sogenannten Kundus-Untersuchungsausschuss. In seinem Eingangsstatement vom 4. September am Kundus-Fluss kam der Minister zu dem Schluss, dass sich in der Nachbetrachtung vieles anders darstelle. »Es steht außer Frage, dass der Angriff nicht hätte erfolgen müssen, ja er hätte nicht erfolgen dürfen«, betonte Guttenberg. Seite 5

Bischof Mixa gibt auf

Prügel und Untreue: Umstrittener Kirchenfunktionär bietet dem Papst seinen Rücktritt an

Von Fabian Lambeck

Der wegen diverser Prügelattacken gegen Kinder und Veruntreuung von Geldern in die Kritik geratene Bischof Walter Mixa will von seinen Ämtern zurücktreten. Kirchliche Würdenträger, Gläubige und Politiker zeigten sich am Donnerstag erleichtert.

Zum Schluss war der Augsburger Bischof selbst den eigenen Glaubensbrüdern peinlich. Noch am Mittwoch hatten die beiden Bischöfe Marx und Zollitsch ihrem Augsburger Kollegen »geistliche Einkehr und räumliche Distanz« empfohlen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt muss Mixa klar geworden sein, dass er für die katholische Kirche nicht mehr tragbar war. Und so verfasste der Bischof einen Brief an Papst Benedikt XVI., in dem er das Kirchenoberhaupt bat, ihn aus seinen Ämtern als Bischof der Diözese Augsburg und als Militärbischof der Bundeswehr zu entlassen. Er wolle weiteren Schaden von der Kirche abhalten und den

Weg für einen Neuanfang freimachen, so Mixa. Politik und Kirche zeigten sich am Donnerstag erleichtert über diesen lange überfälligen Schritt. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, sagte am Donnerstag, Mixas »schwere Entscheidung verdient Respekt«. Etwas deutlicher wurde Alois Glück. Der CSU-Politiker und Vorsitzende des Zentralkomitees der Katholiken (ZdK) sprach von einer »Erleichterung für die katholische Kirche in Deutschland«.

Beinahe vier Wochen lang beschäftigt die Causa Mixa nun die deutsche Öffentlichkeit. Am 31. März waren Vorwürfe bekannt geworden, wonach Walter Mixa in seiner Zeit als Stadtpfarrer im oberbayerischen Schrobenhausen sowohl Jungen als auch Mädchen geschlagen haben soll. In eidesstattlichen Erklärungen bezeugten sechs Betroffene, Pfarrer Mixa habe sie vor 30 Jahren geohrfeigt, mit Fäusten traktiert und auf das Gesicht geschlagen. Der 68-Jährige



Walter Mixa Foto: dpa/Karmann

wies die Vorwürfe umgehend zurück. Zu keiner Zeit habe er »gegen Kinder und Jugendliche körperliche Gewalt in irgendeiner Form angewandt«, so Mixa. Doch Zweifel blieben. Schließlich betraute das Kuratorium des Kinderheimes, in

dem die Misshandlungen stattgefunden haben sollen, einen Rechtsanwalt mit den Sonderermittlungen. Tage später räumte Mixa erstmals ein, »die eine oder andere Watschn« nicht ausschließen zu können.

Im Laufe seiner Recherchen stieß der Ermittler auch auf finanzielle Unregelmäßigkeiten. Mixa habe, so die Vorwürfe, Gelder einer Waisenhausstiftung für private Zwecke genutzt. Wie die »Augsburger Allgemeine« berichtete, hatte Mixa als Kuratoriumsvorsitzender Antiquitäten, Wein und Teppiche im Wert von 70 000 Mark nicht satzungsgemäß angeschafft. Sogar die kirchenfreundliche »Frankfurter Allgemeine Zeitung« sah hier den »Tatbestand der Untreue« erfüllt.

Rechtliche Konsequenzen hat Mixa nicht zu fürchten. Die ihm zur Last gelegten Taten gelten als straf- und kirchenrechtlich verjährt. Am Donnerstag fuhr der Bischof erst einmal in den »Erholungsurlaub« – Aufenthaltsort und Dauer unbekannt. Kommentar Seite 4

NATO-Streit um atomare Abrüstung

Westerwelle fordert »Friedensdividende«

Tallinn (Agenturen/ND). Der Streit innerhalb der NATO um die nächsten Schritte bei der Abrüstung von Atomwaffen geht weiter. Bei einem Treffen der Außenminister der 28 NATO-Staaten am Donnerstag in Tallinn (Estland) zeichnete sich zunächst kein Konsens ab. Umstritten ist nicht das Ziel einer Reduzierung der taktischen Atomwaffen der USA und Russlands. Meinungsunterschiede gibt es aber über das weitere Vorgehen. Bundesaußenminister Guido Westerwelle bekräftigte seine Forderung nach Abzug der taktischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa. »Das ist die Friedensdividende auch für uns Deutsche«, sagte der Minister auf der NATO-Beratung. Die USA selbst hätten die Reduzierung der taktischen Atomwaffen für denkbar erklärt. Die USA haben nach Schätzungen 160 bis 200 Atombomben in Europa gelagert, Russland 2000 bis 4000.

NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen erklärte, der Pakt brauche »eine glaubhafte nukleare Abschreckung«. »Wir sollten auf eine Welt ohne Atomwaffen hinarbeiten. Aber wir müssen eine nukleare Fähigkeit behalten, solange es Schurkenstaaten oder Terroristengruppen gibt, die eine atomare Bedrohung für uns darstellen könnten.« Deswegen brauche die NATO auch »eine glaubhafte Raketenabwehr«. Das Bündnis müsse nationale Abwehrsysteme in ein NATO-System einbinden.

Kurz

Ein Toter in Bangkok

Bangkok (dpa). Bei mindestens fünf Explosionen ist in der thailändischen Hauptstadt Bangkok am Donnerstagabend ein Mensch getötet worden. 75 weitere wurden verletzt. Die angespannte Lage zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften hat sich damit weiter zugespitzt. Unter den Verletzten sollen Ausländer sein, berichtete die Zeitung »Nation« auf ihrer Website. Seite 7

Anschlag in Nordirak

Kirkuk (dpa). Aufständische haben in Nordirak eine Pipeline in Brand gesetzt und damit den Ölexport über den türkischen Hafen Ceyhan zum Erliegen gebracht, bestätigte die staatliche Nord-Ölgesellschaft in der Stadt Kirkuk.

Raketen bei Akaba

Amman (dpa). Zwei Raketen sind am Donnerstag in der Umgebung der jordanischen Hafenstadt Akaba eingeschlagen, so die Behörden des Landes. In Israel wird davon ausgegangen, dass die Raketen auf die Küstenstadt Eilat abgefeuert wurden, jedoch ihr Ziel verfehlten.

Schüler-Kosten

Wiesbaden (epd). Für die Ausbildung eines Schülers an öffentlichen Schulen wurden im Jahr 2007 durchschnittlich 5000 Euro ausgegeben, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit.